

Tektonische Verschiebungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

selten lagen die Demoskopien so daneben wie bei ihren Vorhersagen für die Bundestagswahl 2017. Und mit ihnen alle, die eine solche Wählerwanderung – weg von den großen Volksparteien, hin zu den kleineren Parteien – nicht für möglich gehalten hätten.

Das gilt in besonderer Weise für Bayern, wo die CSU mehr als zehn Prozent verlor. Mit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag verändert sich die politische Landkarte – zumal sich die SPD nach ihrem desaströsen Abschneiden selbst nicht mehr in der Verantwortung für die künftige Regierungsbildung sieht. So driftet die Republik Richtung Jamaika, wobei FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit guten Ergebnissen als selbstbewusste Partner in einem schwarz-gelb-grünen Bündnis auftreten werden.

Gesundheitspolitik kein Thema

Aus Sicht der Zahnärzte mag erstaunen, wie wenig das Thema Gesundheitspolitik im Wahlkampf eine Rolle spielte, sieht man einmal von dem Versuch des gescheiterten SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz ab, auch im deutschen Gesundheitssystem eine „Gerechtigkeitslücke“ anzuprangern. Das sieht die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger offenbar ganz anders. Insofern war und ist die Forderung nach einer „sozialen Bürgerversicherung“ zu einem politischen Ladenhüter geworden.

Wenn es noch eines weiteren Beispiels bedurft hätte, wie wenig die Politik bereit ist, den Wandel im Gesundheitssystem zu gestalten, dann belegt dies die Debatte über eine neue Approbationsordnung für uns Zahnärzte. Seit mehr als zehn Jahren bemühen wir uns gemeinsam mit der Mehrzahl der Hochschullehrer in der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde um eine zeitgemäße Weiterentwicklung des akademischen Studiums der Zahnmedizin.



Christian Berger
Präsident der Bayerischen
Landes Zahnärztekammer

Dabei wähten wir uns kurz vor der Bundestagswahl bereits am Ziel, gab doch zunächst das Bundeskabinett und in der Folge auch der Gesundheitsausschuss im Bundesrat grünes Licht für eine Novellierung – 62 Jahre nach Erlass der alten Approbationsordnung.

Bohren dicker Bretter

Dann aber waren es die alten Bedenkenräger in den Wissenschaftsministerien der Bundesländer, die das Projekt im September mit dem Hinweis auf seine Finanzierung noch einmal auf die lange Bank schoben. Wieder einmal bewahrheitet sich Max Webers Satz, Politik sei in erster Linie das „Bohren dicker Bretter“.

Das wird die verfasste Zahnärzteschaft allerdings nicht davon abhalten, für freiberufliche Inhalte, für den Erhalt unserer Selbstverwaltung und nicht zuletzt auch für ein freiheitliches Gesundheitswesen einzutreten. Dazu zählt auch, eine angemessene Vergütung zahnärztlicher Leistungen einzufordern. Wie heißt es so schön: „Nach der Wahl ist vor der Wahl.“

Ihr